Einleitung : ein neues Japan? Politischer und sozialer Wandel seit den 1990er Jahren

Autor(en): **Blechinger-Talcott, Verena / Brumann, Christoph / Chiavacci, David**
Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Asiatische Studien : Zeitschrift der Schweizerischen Asiengesellschaft = Études asiatiques : revue de la Société Suisse-Asie**

Band (Jahr): **67 (2013)**

Heft 2: **Ein neues Japan? Politischer und sozialer Wandel seit den 1990er Jahren**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-391468

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

EINLEITUNG: EIN NEUES JAPAN? POLITISCHER UND SOZIALER WANDEL SEIT DEN 1990er JAHREN

Verena Blechinger-Talcott, Freie Universität Berlin
Christoph Brumann, Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle
David Chiavacci, Universität Zürich

Die vorliegende Sondernummer der Zeitschrift *Asiatische Studien* versammelt eine Auswahl der Beiträge aus den Sektionen Ethnologie, Politik und Soziologie sowie dem Forum zur sozialwissenschaftlichen Japanforschung am Japanologentag 2012, welcher Ende August an der Universität Zürich durchgeführt wurde.[1] Als übergreifendes Thema der drei Sektionen wurde im Call for Papers die Frage nach dem sozialen und politischen Wandel im gegenwärtigen Japan und den ihm zugrunde liegenden Triebkräften formuliert. Um den zeitgeschichtlichen Kontext dieser Fragestellung zum gegenwärtigen Japan zu verstehen, gilt es vorerst auf das Bild Japans seit dem Platzen der Spekulationsblasen im Aktien- und Immobilienmarkt in den frühen 1990er Jahren einzugehen, wie es sich aus Sicht westlicher, aber auch vieler japanischer Medienbeobachter darstellt.

1 Zwei verlorene Jahrzehnte: Japan in der permanenten Krise

Japan steckt in der Krise. Das Tōhoku-Erdbeben, der Tsunami und der Atomunfall von Fukushima trafen Japan im März 2011 mit voller Wucht und erschütterten es in seinen Grundfesten. Der damalige Premierminister Naoto Kan sprach schon kurz nach der Dreifach-Katastrophe von der grössten Krise in

1 An dieser Stelle sei nochmals ausdrücklich der Hochschulstiftung der Universität Zürich, der Japan Foundation, dem Kanton Zürich, dem Schweizerischen Nationalfonds, der Stadt Zürich und der Stiftung Mercator Schweiz als den Sponsoren des Japanologentages 2012 gedankt. Ohne ihre grosszügige Unterstützung wäre weder die Durchführung des Japanologentages noch die vorliegende Sondernummer als ein Ergebnis der Tagung möglich gewesen.

Japan seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Ereignisse demonstrierten stärker als frühere Katastrophen, wie etwa das Erdbeben in Kōbe im Jahr 1995, die Verwundbarkeit des Landes für Natur- und von Menschenhand verursachte Technikkatastrophen (Flüchter, 2012). Neben dem Trauma von über 15.000 Opfern und der – nach anfänglich zügiger Hilfe bei der Evakuierung – schleppend anlaufenden Planung für den Wiederaufbau und die Entschädigung der Opfer erregte vor allem die im Zuge der Nuklearkatastrophe deutlich werdende enge Verflechtung zwischen Politik, Bürokratie und Energiewirtschaft den Unmut japanischer und internationaler Beobachter. Die engen Verbindungen zwischen staatlichen Planern, Atomwirtschaft, Kontrollbehörden und universitären Experten hatten letztlich eine effektive Kontrolle der japanischen Atomanlagen verhindert und mit zu dem Unfall im Kraftwerk Fukushima beigetragen, was das Krisengefühl noch zusätzlich steigerte. In Japan wie auch auf internationaler Ebene entstand der Eindruck, dass die japanische Bevölkerung sich weder für die Minimierung des Risikos von Katastrophen noch für deren Bewältigung auf die Eliten und den Staat verlassen kann. Es ist jedoch nicht alleine die Dreifach-Katastrophe, welche für den gegenwärtigen Krisendiskurs verantwortlich ist. Seit dem Platzen der Blasenwirtschaft in den frühen 1990er Jahren debattiert Japan über eine grundlegende Neuausrichtung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die Mediendebatte war daher in sehr hohem Masse von Diskursen über Krisen und die zu ihrer Bewältigung erforderlichen Reformen geprägt, so dass sich in Öffentlichkeit und Wissenschaft viele Stimmen erhoben, welche die Krise als permanent ansahen und von zwei verlorenen Jahrzehnten Japans sprachen (Asahi Shinbun 'Henten Keizai' Shusaihen, 2009; Fukao, 2012; Kataoka, 2010).

Das Bild von den verlorenen Jahrzehnten impliziert ein Japan, welches gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich stecken geblieben ist. Der Stern der japanischen Wirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten rapide und tief gefallen. Ab den 1960er Jahren galt Japan erst als das Paradebeispiel für eine schnelle und erfolgreiche nachholende Wirtschaftsentwicklung auf der Basis von marktwirtschaftlichen Prinzipien. Ab den 1980er Jahren wurde es dann entweder positiv als Vorbild in Sachen Produktivität, Organisation und Innovationskraft gelobt (Womack / Jones / Roos, 1990) oder negativ als unfaire und übermächtige Konkurrenz für die westlichen Industrieländer kritisiert (Prestowitz, 1988). Beide Perspektiven stellten jedoch die Stärke, ja sogar Übermacht der japanischen Wirtschaft nicht in Frage. Seit dem Platzen der Blasenwirtschaft scheint Japan jedoch ökonomisch zur schnell verglühenden Sternschnuppe geworden zu sein, von welcher keine weltwirtschaftlichen Impulse mehr erwartet werden können

und welche zunehmend von der neuen Konkurrenz aus China und Südkorea überholt wird. Waren japanische Unternehmen früher eine treibende Kraft der Weltwirtschaft, so wirken sie heute wie Opfer der Globalisierung. Der Aufstieg von Samsung zum *global player* beim gleichzeitigen Niedergang von Sony zum Sanierungsfall steht geradezu paradigmatisch für diese Entwicklung.

Von der japanischen Gesellschaft scheinen keine Impulse für eine wirtschaftliche Erholung zu erwarten zu sein. Demographisch wird angesichts der sehr niedrigen Geburtenrate und der rasanten Alterung der Gesellschaft das Bild eines arthritischen Landes im Kriechgang gezeichnet, welchem die jugendliche Kraft und Zuversicht für einen echten Neuanfang schlichtweg fehlt (Aoki, 2013). Auch das Bildungssystem scheint sich im Niedergang zu befinden. Gerade in Japan selbst wird seit Jahren eine intensive Debatte über nachlassende Schulleistungen und deren Ursachen geführt (Tsuneyoshi, 2004). Nicht nur fehlt es an jungen Humanressourcen, sondern sie scheinen aufgrund ihrer im Vergleich zu früheren Generationen mangelhaften Ausbildung auch noch weit weniger Wissen und Fähigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen. Daran knüpfen auch Debatten über zunehmende soziale Ungleichheit und die Ausweitung von prekärer Beschäftigung gerade unter jungen Arbeitnehmern an. Da sich somit ein substanzieller Anteil der jungen Leute als Verlierergruppe ausklinkt bzw. sich selbst überlassen wird, verstärkt sich die Krise noch weiter, und die Rede von einer verlorenen Generation macht die Runde (Yamada, 2004). Nicht nur die Alten, sondern auch die Jungen belasten demnach die Gesellschaft. Hierzu passt, dass Japan auch in Sachen Gleichberechtigung auf der Stelle zu treten scheint. Zwar wird seit Jahren über die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsmarkt und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf debattiert, aber nach wie vor verharrt Japan am unteren Ende der internationalen Vergleichsstatistiken (Hausman / Tyson / Zahidi, 2012).

Das negative Bild der Politik im Kontext der Dreifachkatastrophe passt zu einem politischen System, welches primär mit sich selbst beschäftigt zu sein scheint. Gerade in diesem Bereich ist der Begriff "Reform" (*kaikaku*) oder "Strukturreform" (*kōzō kaikaku*) seit etwa 1990 ein feststehender Topos im Diskurs geworden. Jahrzehnte von Kommissionen, die wirtschaftliche Strukturreformen formulieren und durchsetzen sollten, scheinen keinen nachhaltigen Erfolg gebracht zu haben. Das einzige Wachstum, welches die Politik generiert zu haben scheint, ist der Anstieg des Haushaltsdefizits und der Staatsschulden, welche mit über 200 Prozent des Bruttoinlandprodukts weltweit die höchsten sind und laut vielen Autoren ein bedenkliches Ausmass erreicht haben (Rövekamp, 2010). Die hohen Erwartungen, welche 2009 in den Machtwechsel

von der langjährigen Regierungspartei LDP (Liberal-Demokratische Partei) zur DPJ (Demokratische Partei Japans) gesetzt wurden, haben sich vollständig zerschlagen. Zwar handelte es sich hierbei um ein politisches Erdbeben, bei dem die LDP seit ihrer Gründung 1955 ihre erste massive Wahlniederlage erlitt und in die Opposition verbannt wurde, doch war die DPJ trotz einer starken Parlamentsmehrheit in der Folge weniger mit den von ihr angestrebten, sozialdemokratischen Reformen als mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt. Seit dem Rücktritt von Jun'ichirō Koizumi (LDP) im September 2006 haben sich in Japan nicht weniger als sieben Regierungschefs abgelöst, was eine durchschnittliche Regierungszeit von weniger als einem Jahr ergibt. Keinem von ihnen gelang es, mit seinem politischen Programm einen nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen, geschweige denn eine eigene politische Agenda zu realisieren. Auch von der Ministerialbürokratie, welche früher als Garant für das Wohlergehen und die Kontinuität des Landes galt, wird angesichts zahlreicher Skandale vor allem um 2000 herum nicht mehr viel erwartet. Im Gegenteil, gerade die nach der Katastrophe von 2011 im Energiesektor deutlich gewordene enge Verflechtung zwischen privatwirtschaftlichen Partikularinteressen, politischen Entscheidungsträgern und dem bürokratischen Apparat scheint aufzuzeigen, dass der letztere nicht die Lösung, sondern selbst Teil des Problems ist. Viele Beobachter in Japan, darunter auch der renommierte Politikwissenschaftler Shin'ichi Kitaoka (14.10.2011), sehen das Land nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg vor einer "zweiten Niederlage" (*daini haisen*) stehen, die diesmal nicht von den Alliierten, sondern von den eigenen politischen Eliten herbeigeführt worden sei.

Angesichts dieses desolaten innenpolitischen Zustandes erscheint es nicht überraschend, dass Japan auch aussenpolitisch zunehmend unter Druck gerät und sich in einer unangenehmen Sandwichposition zwischen der aufsteigenden VR China, einem immer selbstbewussteren Südkorea und den USA befindet. Gerade die Territorialkonflikte mit den Nachbarstaaten – allen voran der Streit um die Senkaku-Inseln mit der VR China, aber auch um die Insel Takeshima/Dokdo mit Südkorea – zeigen, dass diese zunehmend geneigt sind, Japans politische und wirtschaftliche Schwäche für sich zu nutzen. Japan verliert wirtschaftlich und politisch international an Bedeutung, ist ökonomisch immer abhängiger von China, und die sicherheitspolitische Partnerschaft mit den USA erscheint nicht mehr langfristig garantiert. Insgesamt vermittelt die Metapher der zwei verlorenen Jahrzehnte somit ein Bild eines nicht nur im Stillstand, sondern im stetigen Niedergang befindlichen Landes, das nicht in der Lage scheint, eine proaktive Neuausrichtung von Politik und Wirtschaft herbeizuführen. Entsprechend

konstatiert der amerikanische Politikwissenschaftler Gerald Curtis (2011) eine Schwäche der politischen Führung und einen Mangel an Visionen, der selbst die optimistischsten Beobachter enttäuschen müsse.

2 Komplexität und Diversität Japans: Jenseits der Metapher der zwei verlorenen Jahrzehnte

Das Bild der beiden verlorenen Jahrzehnte und eines Landes in Stagnation mag zwar im öffentlichen Diskurs in Japan grossen Einfluss haben und auch von ausländischen Beobachtern und Massenmedien oft verwendet werden, doch ist es eindeutig zu einfach und einseitig. Erstens ist festzuhalten, dass seit dem Platzen der Spekulationsblasen in den frühen 1990er Jahren weder von kontinuierlichem Stillstand noch von einem permanenten und unveränderten Krisendiskurs gesprochen werden kann. Die frühen 1990er Jahre waren politisch durch eine Erneuerung in der Form von Abspaltungen aus der LDP und der Gründung neuer Parteien gekennzeichnet, welche in der ersten Regierung ohne LDP-Beteiligung 1993/94 gipfelten. Auch wirtschaftlich schien das Land bereits 1996 mit deutlich über zwei Prozent Wachstum den Einbruch durch das Platzen der Spekulationsblasen überwunden und auf den Erfolgspfad zurückgefunden zu haben. Erst der neue Einbruch 1997 führte zu einem umfassenden Krisenbewusstsein und zur grundlegenden Hinterfragung des bisherigen Modells. Auch die Jahre 2003 bis 2008 waren durch ökonomische Expansion und eine Renaissance von Japan als Industriestandort gekennzeichnet. Die darauf folgende Rezession wurde durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise von aussen induziert, da sie zu einem tiefen Einbruch der japanischen Exporte führte (Hilpert, 2009). Politisch war die Regierungskoalition ohne LDP-Beteiligung von 1993/94 rückblickend zwar nur ein Zwischenspiel von weniger als einem Jahr. Jedoch war die LDP in der Folge nie stark genug für eine alleinige Regierungsbildung und auf wechselnde Koalitionspartner angewiesen. Gleichzeitig formierte sich mit der DPJ eine zunehmend stärker werdende Oppositionspartei, die in der Lage war, die bisherige Dominanz der LDP auszuhöhlen. Ihr erdrutschartiger Wahlsieg bei der Unterhauswahl 2009 stellte für japanische Verhältnisse geradezu eine Revolution dar. Zusammenfassend muss die Entwicklung im Japan der letzten 20 Jahren daher als eine diskontinuierliche und dynamische Entwicklung mit grundlegenden Brüchen bezeichnet werden.

Die Krisendebatte in Japan ist zweitens keineswegs ein homogener Diskurs, sondern ebenfalls durch Verschiebungen und Brüche gekennzeichnet. Nicht das Platzen der Wirtschaftsblasen in den frühen 1990er Jahren, sondern erst die erneute Wirtschaftskrise ab 1997 löste die Debatte über wirtschaftliche Strukturreformen aus. Zuvor war eine konjunkturelle Perspektive dominant, welche die ökonomische Krise primär auf die Überhöhung des normalen Konjunkturzyklus durch die Blasenbildung und deren Platzen zurückführte, was es durch eine expansive Geld- und Haushaltspolitik à la Keynes zu überwinden galt. Nach dem erneuten Einbruch 1997 setzte sich jedoch, auch aufgrund neoliberaler Strömungen und Einflüssen aus den USA, eine strukturelle Sichtweise durch. Laut dieser war die andauernde Schwäche der japanischen Wirtschaft auf Strukturprobleme zurückzuführen, die nur durch Deregulierung und eine Stärkung des Wettbewerbs überwunden werden konnten. Diese Sichtweise war in der Regierungszeit von Premierminister Koizumi (2001–2006) dominant, doch gewann danach die Debatte über zunehmende soziale Ungleichheit und deren Folgen an Einfluss. Hierbei wurden gerade die Strukturreformen unter Koizumi für die sozialen Differenzierungsprozesse und das damit verbundene Auseinanderdriften der Gesellschaft verantwortlich gemacht (Chiavacci, 2008). Was vorher als die Lösung betrachtet worden war, galt nun also als eigentlicher Auslöser der Krise, und statt Passivität und fehlendem Reformwillen wurde nun blinder Reformeifer nach dem Vorbild der polit-ökonomischen Ordnung in den USA für die Malaise verantwortlich gemacht. Die in den USA ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 führte zu einer weiteren Delegitimierung neoliberaler Rezepte.

Drittens ist der Diskurs einer umfassenden ökonomischen Krise einzuschränken. Wie bereits oben dargestellt, wies die Wirtschaftsentwicklung der letzten beiden Dekaden durchaus auch Perioden mit guten Wachstumszahlen auf. Die Bedeutung der japanischen Volkswirtschaft und des japanischen Aussenhandels sind zwar gemessen an ihren Anteilen an der Weltwirtschaft und am Welthandel zurückgegangen. Jedoch sind japanische Unternehmen in vielen Märkten in den Bereichen Technologie und Innovation weiterhin führend, und die Handelsbilanz war bis 2011 positiv.[2] Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrisen in westlichen Industrieländern wird die Entwicklung jetzt auch vermehrt positiver interpretiert (Fingleton, 06.01.2012). Einige Autoren preisen die

2 In den Jahren 2011 und 2012 führte vor allem der durch die Abschaltung der Kernkraftwerke erhöhte Bedarf an fossilen Brennstoffen zu höheren Importen und einem Handelsbilanzdefizit.

japanische Wachstumspolitik nach dem Platzen der Blasen und sehen ein Vorbild für den Westen in seiner gegenwärtigen Situation (Koo, 2009). Laut anderen Autoren hat sich der Arbeitsmarkt von 1985 bis 2010 weitaus weniger dramatisch entwickelt, als es der öffentliche Diskurs der letzten Jahre nahelegt (Blind / Lottanti von Mandach, 2012). Die Arbeitslosigkeit ist beispielsweise nie über einen im Vergleich mit westlichen Industrieländern niedrigen, einstelligen Bereich gestiegen. Die ökonomische Entwicklung weist somit Licht und Schatten auf und ist bei weitem nicht nur durch Stagnation und Rückgang gekennzeichnet.

Auch das Bild eines verkrusteten und reformscheuen Japans ist viertens zu relativieren. In der japanischen Politik sind in den beiden letzten Dekaden einige umfassende Reformen realisiert worden, welche weitreichende und teilweise auch nicht intendierte Folgen hatten. Entsprechend werden sie auch in der Fachliteratur zum Teil sehr unterschiedlich bewertet. In den frühen 1990er Jahren erfolgte eine grundlegende Reform des Wahlsystems, welche das institutionelle Umfeld der japanischen Politik und die damit verbundenen Anreizstrukturen verändert hat und letztlich auch für den Aufstieg der DPJ mitverantwortlich ist. Ebenso sind alte Verflechtungen, etwa zwischen der LDP und Verbänden, geschwächt worden, so dass das politische System durchlässiger geworden ist. Im Wahlkampf spielen Sachthemen nun eine weitaus wichtigere Rolle als die früher zentralen persönlichen Verbindungen zwischen Kandidaten und Wählergruppen bzw. Politikern und Ministerialbürokratie. Ebenso haben die Reformen unter Premierminister Hashimoto Mitte der 1990er Jahre und unter Premierminister Koizumi Anfang der 2000er Jahre die alten Verflechtungen zwischen Bürokratie, Unternehmen und Politik im politischen Entscheidungsprozess gekappt und die Rolle des Kabinetts sowie vor allem die Position des Premierministers nachhaltig gestärkt, so dass von einer Präsidialisierung des politischen Systems gesprochen werden kann (Blechinger-Talcott, 2006). Takenaka (2006) betrachtet dies als eine verwaltungstechnische Revolution und spricht von einem neuen "2001er System" in Japan. Ebenso wurde die Regulation des japanischen Finanzsystems mit den Reformen von 1996–2001, welche als der "Big Bang" des Finanzsektors bezeichnet wurden, auf eine neue Grundlage gestellt. Zahlreiche Politikwissenschaftler bewerten daher die politischen und wirtschaftlichen Reformen der 1990er und frühen 2000er Jahre als höchst positiv und produktiv (Muramatsu, 2010), und Rosenbluth und Thies (2010) sprechen sogar von einer Transformation des politischen Systems.

Ebenso hat Japan aus vergangenen Krisen gelernt: Nach dem Erdbeben in Kobe 1995 war z.B. eine grosse Zahl von freiwilligen Helfern zur Hilfeleistung

in die zerstörte Stadt aufgebrochen, während die Behörden noch mit Planungen befasst waren. Einige Autoren betrachten dieses Ereignis als die "Stunde Null" der japanischen Zivilgesellschaft. In der Folge wurde im Jahr 1998 ein neues Gesetz für Nichtregierungsorganisationen verabschiedet, das einen deutlichen Anstieg zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Folge hatte und auch die Bürgerbeteiligung förderte (Foljanty-Jost / Aoki, 2008), auch wenn Kritiker hier die Absicht des Staates wittern, die Zivilgesellschaft als kostengünstigen Akteur für die Realisierung der eigenen Massnahmen einzusetzen (Ogawa, 2009). Mit den bilateralen Handels- und Wirtschaftsabkommen wurden ab den späten 1990er Jahren eines neues Instrument in der Aussenwirtschaftspolitik entwickelt und zunehmend verfeinert, was neuen Gestaltungsspielraum in diesem Politikfeld erbrachte. Auch in der japanischen Sicherheitspolitik kann mit Aufwertung des Verteidigungsamtes in ein Ministerium im Jahr 2007 eine grundlegende Reform identifiziert werden, die das Potential für einen Politikwandel in sich birgt und vor allem die Rolle der japanischen Armee in der Sicherheitspolitik deutlich verändert hat. Bereits vor dieser Reform hatte insbesondere die Politik von Premierminister Koizumi durch viele kleinere Reformen und neue Gesetze und Richtlinien zu einer aktiveren Sicherheitspolitik und einer Beteiligung japanischer Truppen an internationalen Einsätzen, sowohl mit als auch ohne UN-Mandat, geführt. Als ein letztes Beispiel können die Dezentralisierungsreformen von 2006 genannt werden, deren Ziel eine Neuregelung der Beziehung zwischen Zentralstaat und lokalen Verwaltungen war. Kritikern zufolge wurden die letzteren eher geschwächt als gestärkt (Hüstebeck, 2009), doch ist zumindest für die Stadtplanung ein deutlicher Trend in Richtung grösserer lokaler Kontrolle und stärkerer Bürgernähe zu konstatieren (Brumann, 2008)

Insgesamt ergibt sich somit kein so eindeutiges Bild wie es die Metapher der beiden verlorenen Jahrzehnte vermittelt. Die Entwicklung ist vielmehr durch Veränderungen und Dynamiken geprägt. Hierbei wurde nicht nur passiv auf strukturelle Veränderungen und Schocks reagiert, sondern auch eine proaktive Neuausrichtung vorangetrieben. Gerade diese Reformen wurden jedoch teilweise auch für neue Krisen in Gesellschaft und Politik verantwortlich gemacht. Die Hauptaufgabe der sozialwissenschaftlichen Forschung zum gegenwärtigen Japan ist es somit, ein differenzierteres Bild Japans zu entwerfen und mittels einzelner Fallstudien den politischen und sozialen Wandel und seine Triebkräfte zu analysieren, was auch das Ziel der drei Sektionen Ethnologie, Politik und Soziologie des Japanologentages 2012 war.

3 Beiträge und Hauptergebnisse

Die in diesem Heft versammelten dreizehn Beiträge können in drei Themenblöcke eingeteilt werden. In der ersten Sektion steht die Beziehung zwischen *Gesellschaft und Wirtschaft* im Zentrum der Analysen.

Susanne Brucksch untersucht in ihrem Beitrag neue Kooperationsformen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Privatunternehmen und das sich daraus ergebende Innovationspotential im Umweltschutzbereich. Diese Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Als Fallbeispiel für ihre Analyse wählt Brucksch die Zusammenarbeit zwischen dem Asaza Fund und NEC beim Versuch einer Revitalisierung des zweitgrössten Seengebietes Japans in der Präfektur Ibaraki. Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass diese neuen Formen der Zusammenarbeit zwar durchaus Innovationspotential aufweisen. Jedoch handelt es sich hierbei auch um eine ungleiche Partnerschaft, bei welcher beispielsweise die Verursacherrolle von Privatunternehmen im Umweltbereich kaum thematisiert wird. Somit spielt die staatliche Regulation und Gesetzgebung gerade für die Setzung zentraler, gesamtgesellschaftlich geltender Standards auch weiterhin eine unersetzbare Rolle.

Der Beitrag von Carola Hommerich ist eine Analyse einer grossen und repräsentativen Umfrage des Deutschen Instituts für Japanstudien in Japan zur Wahrnehmung von sozio-ökonomischen Risiken. Die Analyse der Umfrageergebnisse von Hommerich zeigt, dass eine starke sozio-ökonomische Verunsicherung und Angst vor sozialer Isolation in der japanischen Gesellschaft vorhanden ist. Diese Verunsicherung zieht sich hierbei durch alle sozialen Schichten, d.h. die eigene Schichtzugehörigkeit beeinflusst kaum das Ausmass der Verunsicherung. Hingegen führen Vertrauensressourcen zu einem signifikanten Abbau der Verunsicherung, wobei jedoch gerade das Vertrauen in staatliche Institutionen und den Sozialstaat in der japanischen Bevölkerung sehr gering ist. Die Analyse von Hommerich zeigt somit eine japanische Gesellschaft, in welcher in weiten Teilen eine starke Verunsicherung besteht. In den Jahren des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums war Japan durch hohe Stabilität und damit verbundene Sicherheit im eigenen Umfeld gekennzeichnet. Die ökonomische Stagnation der letzten Jahre hat jedoch zu neuen Risiken und einer damit verbundenen Verunsicherung geführt, welche (noch) nicht durch ein generalisiertes Vertrauen in staatliche Institutionen aufgefangen wird.

Cornelia Reiher vergleicht anhand eigener Umfragen die Risikostrategien japanischer Lebensmittelkonsumenten in den beiden Fällen der momentan

immer wieder aufgedeckten radioaktiven Verseuchungen und des bekannten *gyōza*-Skandals von 2008, bei dem sich Konsumenten durch beigemischte Pestizide vergifteten. Basierend auf Überlegungen zur Verräumlichung von Risiken stellt sie eine gegenläufige Tendenz fest: Der Skandal 2008 war zwar klar in einer nordchinesischen Fabrik zu verorten, aber trotzdem wurde China an sich als unsicherer Herkunftsort gebrandmarkt, zumal hier schon vorher Vorbehalte bestanden und die politische Stimmung dies begünstigte. Nun jedoch tendieren auch kritische Verbraucher dazu, die verstrahlten Lebensmittel mit der Präfektur Fukushima zu assoziieren, so sehr diese auch bloss für die Hälfte der Fälle verantwortlich ist und die anderen in ganz Japan auftreten. Der unrealistisch enge Fokus ist nicht nur einem allgemein-menschlichen Hang zuzuschreiben, Risiken klar zu verorten, sondern auch dem aufwendig gepflegten Image der japanischen Landwirtschaft als "sicher" und der Solidarisierung mit den betroffenen Produzenten.

Der letzte Beitrag in dieser Sektion ist von Barbara Holthus und Hiromi Tanaka, welche die Zufriedenheit von Vätern und Müttern mit Kleinkindern im Haushalt in Japan untersuchen. Als Basis wird eine grosse, repräsentative Umfrage verwendet, welche Teil eines grösseren Projektes zum Vergleich der Zufriedenheit von Eltern in Deutschland und Japan. Die Studie ist hierbei im Kontext der sehr tiefen Geburtenrate und der damit verbundenen Diskussionen zu einem besseren Ausgleich zwischen Arbeit und Familie in Japan von Relevanz. Holthus und Tanaka zeigen in ihrer Analyse, dass die Väter von Kleinkindern weitaus zufriedener als Mütter von Kleinkindern sind. Obwohl die Arbeitstätigkeit von Müttern in den letzten Jahren in Japan stark zugenommen hat, bestehen gerade bzgl. Hausarbeit und Kindererziehung weiterhin stark differenzierte Genderrollen unter Eltern, indem sich Männer weiterhin in einem sehr geringen Ausmass an der Arbeit im Haushalt und der Kinderziehung beteiligen.

In den Beiträgen der zweiten Sektion werden bestimmte Aspekte in der Beziehung zwischen *Gesellschaft und Politik* analysiert.

Phoebe Holdgrün befasst sich in ihrem Artikel mit der Frage, inwieweit der Regierungswechsel im Jahr 2009 einen Politikwechsel in der Gleichstellungspolitik herbeiführte. In ihrem Wahlprogramm hatte sich die DPJ als eine den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern zugewandte Partie präsentiert, ebenso hatte sich die Partei bereits in der Opposition im Bereich der Gleichstellungspolitik hervorgetan und insbesondere die Kandidatur von Frauen für politische Ämter befördert. Die Erwartungen an einen Politikwechsel waren daher hoch.

Holdgrün geht in ihrer Untersuchung, die sich auf umfangreiche Hintergrundgespräche u.a. mit Politikerinnen stützt, auf zwei Themen in diesem Politikfeld ein: die Verabschiedung des neuen Basic Plan for Gender Equality sowie die geplante Zivilrechtsreform zur Einführung getrennter Familiennamen für Ehepaare. Während der Politikwechsel im Bereich des Basic Plan als erfolgreich angesehen werden kann und dieser zahlreiche Elemente enthält, welche die politische Handschrift der DPJ tragen, wurden die in die Zivilrechtsreform gesetzten Hoffnungen enttäuscht. Hintergrund des Scheiterns der Zivilrechtsreform war dabei nicht so sehr der institutionelle Widerstand, etwa auf Seiten der Ministerialbürokratie, sondern vielmehr ein starker Dissens unter den Akteuren der neuen Regierungspartei, der letztlich einen Politikwechsel blockierte.

Momoyo Hüstebeck geht in ihrem Beitrag auf die Ergebnisse der im Jahr 2000 eingeleiteten Dezentralisierungsreformen in Japan ein. Diese waren mit dem Ziel begonnen worden, politische Entscheidungskompetenzen von der zentralen Ministerialbürokratie in Tōkyō auf die lokale Ebene zu verlagern und somit den Kommunen mehr Entscheidungsspielraum zu geben. Hüstebeck fragt danach, welchen Effekt die Dezentralisierungsmassnahmen bislang gezeitigt haben. Dabei geht sie besonders auf die Frage der Ausweitung der kommunalen politischen Autonomie und Bürgermitbestimmung ein und fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Autonomie und partizipativer Entscheidungen im Rahmen von Local Governance. Anhand empirischer Studien zu zwei Kommunen im Grossraum Tōkyō stellt sie fest, dass zwar auf der rechtlichen Ebene Kompetenzen von der zentralen auf die lokale Ebene verlagert worden sind, gleichzeitig jedoch bei der Mehrheit der Gemeinden ein Einnahmerückgang statt eine Ausweitung der Finanzautonomie zu verzeichnen ist. Auch im Bereich der Bürgerbeteiligung zeigt sich ein zwiespältiges Bild: zwar werden Bürger in der Vorbereitungsphase von grösseren Projekten in die institutionellen Planungen integriert, können aber mehrheitlich das Endergebnis und dessen Umsetzung nicht beeinflussen. Es mangelt nach wie vor an der Bereitschaft der institutionellen Akteure, verbindlich basisdemokratische politische Entscheidungen umzusetzen.

Simone Kopietz untersucht in ihrem Beitrag neue Formen der Kandidatenrekrutierung durch die DPJ. Allgemein ist die Nachwuchsrekrutierung in Japan äusserst intransparent und verläuft über persönliche Netzwerke, welche für Aussenstehende nicht offen sind. Das japanische Parlament zeichnet sich durch einen sehr hohen Anteil von Erbabgeordneten (*sesshū gi'in*) aus, bei welchen das politische Amt in der Familie vererbt wurde. Diese soziale Schliessung der politischen Eliten wurde in Japan zunehmend stark kritisiert und für die

politische und ökonomische Malaise der letzten Jahren mitverantwortlich gemacht. Die DPJ versucht seit 1999 mit öffentlichen Ausschreibungen (*kōbō*) die Anwerbung von neuen Kandidaten zu öffnen und damit den Zugang zu politischen Ämtern zu demokratisieren. Allerdings zeigt sich in der Analyse, dass bei diesem neuen Rekrutierungsverfahren ein Widerspruch zwischen der Öffnung der Kandidatur für jedermann und dem zentralen politischen Ziel der DPJ besteht, mit Kandidaten mit hohen Erfolgschancen bei Wahlen anzutreten. Die Gesamtbewertung von Kopietz lautet, dass das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung zwar einen Fortschritt darstellt, jedoch nur zu einer partiellen Öffnung der DPJ geführt hat.

Neue Formen der politischen Partizipation von jungen Japanern sind das Thema im Beitrag von Julia Obinger. Die grossen öffentlichen Demonstrationen nach dem Nuklearunfall von Fukushima wurden von einigen Kommentatoren als ein grundlegender Umkehrpunkt betrachtet, welcher zu einem neuen Stadium im politischen Engagement in Japan geführt habe. Obinger zeigt hingegen in ihrer Analyse, dass lange vor Fukushima sich neue Formen politischer Aktivität in Japan entwickelt haben, welche als Subpolitik bezeichnet werden können. Zentrale Akteure dieser Subpolitik wie das Netzwerk Shirōto no Ran ("Aufstand der Amateure") spielten als Mitorganisatoren der Massendemonstrationen nach Fukushima und Ideengeber für deren Gestaltung in der Protestbewegung gegen Atomenergie eine zentrale Rolle. Laut Obinger sollten die Demonstrationen entsprechend nicht als singuläres Ereignis oder die Wiederauferstehung der japanischen Zivilgesellschaft betrachtet werden, sondern sie sind als Teil einer längeren, kontinuierlichen Entwicklung und neuer Formen von politischer Partizipation und von politischen Protests zu sehen.

Christian Tagsold untersucht anhand einer explorativen Feldstudie, wie Altenpflegeheime in der Tōhoku-Region die Dreifachkatastrophe vom März 2011 verkrafteten und ob dabei die vielbeschworene und nach dem Erdbeben 1995 geradezu mythisch verklärte Schlagkraft zivilgesellschaftlicher Freiwilliger zum Tragen kam. Diese Frage stellt sich nicht von ungefähr, denn einer der Hauptzwecke des nach 1995 verabschiedeten NPO-Gesetzes war es, die Funktionsfähigkeit der in Japan kommunal organisierten Pflegeversicherung zu gewährleisten, und kaum irgendwo sonst ist die Überalterung so fortgeschritten wie in der Katastrophenregion. Das detailliert geschilderte Fallbeispiel einer der Pflege-NPOs und eines ihrer Wohnheime zeigt, dass die Koordination mit staatlichen Stellen aus ihrer Sicht sehr zu wünschen übrig liess. Staat und Zivilgesellschaft haben demnach nicht harmonisch zusammengewirkt, wofür die

generelle neoliberale Abschmelzung von Verwaltungs- und Wohlfahrtsstrukturen in Japan hauptverantwortlich scheint.

Johannes Wilhelm betrachtet auf der Grundlage eigener Erhebungen vor Ort den gegenwärtigen Stand des Wiederaufbaus der Fischerei in der vom Tsunami 2011 besonders stark betroffenen Sanriku-Region, die ganz unterschiedliche Strategien der Fischerei und Aquakultur aufwies und entsprechend vielgestaltige, nur im Detail zu würdigende Schäden davontrug. Beim Wiederaufbau ergibt sich ein interessanter Kontrast der Präfekturen: Der neoliberal inspirierte Gouverneur von Miyagi versucht, mit dem Modell sogenannter Sonderzonen eine Umverteilung der Fischereirechte zuungunsten der zahlenmässig vorherrschenden Familienbetriebe durchzusetzen, während in Iwate die herkömmlichen Genossenschaften und Dorfgemeinschaften auch die zentralen Einheiten für den Wiederaufbau sind. Beide Strategien des Wiederaufbaus werden jedoch von grundsätzlichen Problemen wie Überalterung und Nachwuchsmangel überschattet, so dass ihre Erfolgsaussichten äusserst unsicher sind.

Die dritte Sektion der vorliegenden Sondernummer zum politischen und sozialen Wandel in Japan ist der Peripherie und Aussenbeziehungen Japans gewidmet.

Mit seiner Analyse des sozialen Wandels in der japanischen Diaspora in Argentinien, Bolivien und Paraguay in den letzten Jahren analysiert Wolfram Manzenreiter die Peripherie der japanischen Gesellschaft ausserhalb Japans. Ab den frühen 20. Jahrhundert bis in die 1970er Jahren bestand ein steter Emigrationsstrom aus Japan nach Südamerika. Die Reform der japanischen Immigrationsgesetzgebung im Jahr 1990 führte zu neuen Rückkehrmigrationsbewegung aus Südamerika, indem die japanischen Emigranten und ihr Nachfahren bis zur dritten Generation neu mit einem erneuerbaren Arbeitsvisum nach Japan reisen konnten. Dadurch sind die von Manzenreiter untersuchten Gemeinden von einer Abwanderung gerade der jüngeren Mitglieder betroffen. Zusammen mit dem Versiegen der Unterstützung durch den japanischen Staat gefährdet diese Rückkehrmigration den Weiterbestand der ethnischen Enklaven. Zudem verstärkt die Fremdheitserfahrung und Nicht-Akzeptanz als vollwertige Japaner in Japan die Fluktuation und Labilität der eigenen Identität und Position als Diaspora. Manzenreiter spricht im Kontext dieses Prozesses von einer quadrierten Diaspora der Nikkeijin, für welche die Grenzen von Heimat- und Gastland verschwimmen.

Kai Schulze wendet sich in seinem Beitrag der Frage nach einem Politikwechsel in den japanisch-chinesischen Beziehungen zu. Das Verhältnis Japans zu China ist den frühen 1990er Jahren von vielschichtigen Konflikten geprägt,

zu denen neben Streitigkeiten über die Interpretation der gemeinsamen Geschichte vor allem sicherheitspolitische Konflikte, wie etwa Territorialstreitigkeiten (Senkaku/Diaoyu-tai Konflikt) oder das gegenseitige Mistrauen bezüglich der militärischen Entwicklung des jeweils anderen Staates zählen. Mit Beginn der neuen Dekade 2010 sieht Schulze auf japanischer Seite eine grundlegende Veränderung des sicherheitspolitischen Ansatzes gegenüber China, da offizielle japanische Regierungsdokumente China Ende 2010 erstmals als (militärische) Bedrohung der japanischen Sicherheit bezeichneten. Schulze untersucht die innenpolitischen Hintergründe dieser Entwicklung und kommt zu dem Schluss, dass die Veränderungen in der Repräsentation Chinas Ausdruck eines institutionellen Wandels der japanischen Aussen- und Sicherheitspolitik sind. Nicht so sehr eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Japan und China ist als Ursache für die schärfere Tonart Japans gegenüber China in offiziellen Papieren zur Sicherheitspolitik zu sehen, sondern die institutionelle Veränderung im Bereich der Verteidigungspolitik. Nach der Höherstufung des Verteidigungsamtes zum Verteidigungsministeriums im Jahr 2007 hat das Militär mehr Einfluss auf die Gestaltung zentraler sicherheitspolitischer Dokumente erhalten und kann nun bereits seit längerem bestehende Vorbehalte gegenüber der chinesischen Militärentwicklung deutlicher zum Ausdruck bringen als in der Zeit zuvor, in der die Federführung für die Abfassung dieser Texte beim Aussenministerium lag.

Gabriele Vogt und Anna Wiemann wenden sich in ihrem Artikel der Okinawa-Politik der zehnmonatigen Hatoyama-Administration 2009/10 zu. Premierminister Hatoyama von der DPJ hatte es sich nach seinem Amtsantritt 2009 zum Ziel gesetzt, beim amerikanischen Bündnispartner eine Verlegung des amerikanischen Militärstützpunktes Futenma auf Okinawa an einen Ort ausserhalb der Präfektur, im Idealfall an einen Ort ausserhalb des Landes durchzusetzen und ist letztlich daran gescheitert, so dass er zurücktreten musste. Vogt und Wiemann untersuchen die politische Diskussion im Futenma-Konflikt anhand des Konzepts der Two-Level-Games (Regieren auf zwei Ebenen). Das Scheitern der Hatoyama-Administration erklären sie mit dem Unvermögen der Administration, zwei gegensätzliche Ansprüche miteinander in Einklang zu bringen: Einerseits den Anspruch der USA, an Japan als engem Bündnispartner festzuhalten, dem andererseits das Bestreben der Hatoyama-Administration entgegenstand, vor dem Hintergrund des starken innenpolitischen Drucks aus Okinawa, die Frage der Stationierung amerikanischer Truppen in Japan neu zu überdenken und darüber hinaus alternative Sicherheitsmodelle, etwa engere Kooperationen in der Region Asien-Pazifik voranzutreiben. Somit ging es im

Konflikt um Futenma nicht nur um die Präsenz von US-Streitkräften in Okinawa, sondern auch um die Grundsatzfrage der japanischen Sicherheitspolitik, ob man sich weiter nur an die USA binden oder darüber hinaus neue, regionale Strategien in Asien verfolgen sollte.

Literaturverzeichnis

AOKI, Reiko
2013 "A Demographic Perspective on 'Japan's Lost Decades'." *Population and Development Review* 38 (Issue Supplement s1): 103–112.

ASAHI SHINBUN 'HENTEN KEIZAI' SHUSAIHEN 朝日新聞「変転経済」取材班 (Hg.)
2009 *Ushinawareta '20 Nen'* 失われた「20年」. Tōkyō: Iwanami Shoten.

BLECHINGER-TALCOTT, Verena
2006 "Regieren in Japan im Vergleich." In: Verena BLECHINGER-TALCOTT / Christiane FRANTZ / Mark THOMPSON (Hg.): *Politik in Japan: System, Reformprozesse und Außenpolitik im internationalen Vergleich*. Frankfurt/Main: Campus, S. 29–43.

BLIND, Georg / Stefania LOTTANTI VON MANDACH
2012 "Ansichtssache: Zum Zustand der japanischen Wirtschaft nach Doppelschlag und Dreifach-Katastrophe." In: David CHIAVACCI / Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2012: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: VSJF, S. 131–149.

BRUMANN, Christoph
2008 "Weite Himmel über der Kaiserstadt: Die Kehrtwende in Kyotos Stadtplanung." *Japanstudien: Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien* 20: 103–128.

CHIAVACCI, David
2008 "From Class Struggle to General Middle-Class Society to Divided Society: Societal Models of Inequality in Postwar Japan." *Social Science Japan Journal* 11.1: 5–27.

CURTIS, Gerald
2011 "Japan's Leadership Deficit and Politics of Drift." *Japan Perspectives: Recent Articles from the Tokyo Foundation Website*, September: 17–20.

FINGLETON, Eamonn
06.01.2012 "The Myth of Japan's Failure." *The New York Times*.

FOLJANTY-JOST, Gesine / Mai AOKI
2008 "Zehn Jahre NPOs in Japan: Diversifizierung des Dritten Sektors durch Recht." In: Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2008: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: VSJF, S. 43–68.

FLÜCHTER, Winfried
2012 "Die Tsunami- und Nuklear-Katastrophe 2011 in Japan: Der Umgang mit dem (Rest-) Risiko." In: David CHIAVACCI / Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2012: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: VSJF, S. 205–237.

FUKAO Kyōji 深尾京司
2012 *'Ushinawareta 20 Nen' to Nihon Keizai: Kōzōteki Gen'in to Saisei he no Gendōryoku no Kaimei* 「失われた20年」と日本経済: 構造的原因と再生への原動力の解明. Tōkyō: Nihon Keizai Shinbun Shuppansha.

HAUSMANN, Ricardo / Laura D. TYSON / Saadia ZAHIDI
2012 *The Global Gender Gap Report 2012*. Genf: World Economic Forum.

HILPERT, Hanns-Günther
2009 "Japans konjunktureller Einbruch in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise." In: David CHIAVACCI / Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2009: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: VSJF, S. 135–145.

KATAOKA Gōshi 片岡剛士
2010 *Nihon no 'Ushinawareta 20 Nen': Defure o koeru Keizai Seisaku ni mukete* 日本の「失われた20年」: デフレを超える経済政策に向けて. Tōkyō: Fujiwara Shoten.

KITAOKA Shin'ichi 北岡伸一
14.10.2011 "Nidai Seitōsei: Genzai no Jōkyō ha Daini no Haisen, Kenpō Kaisei Rongi no hitsuyō mo 二大政党制現在の状況は第二の敗戦、憲法改正論議の必要も." *Asahi Jānaru* 朝日ジャーナル: 25–27.

KOO, Richard C.
2009 *The Holy Grail of Macroeconomics: Lessons from Japan's Great Recession*. Hoboken: John Wiley & Sons.

MURAMATSU, Michio
2010 "The Sweeping Changes in Japanese Politics since the 1990s." *Japan Echo Web* 4, December 2010-January 2011. <http://www.japanpolicyforum.jp/en/archive/no4/000201.html> (08.04.2013).

OGAWA, Akihiro
2009 *The Failure of Civil Society?: The Third Sector and the State in Contemporary Japan*. Albany: Suny Press.
PRESTOWITZ, Clyde V.
1988 *Trading Places: How We Allowed Japan to Take the Lead and How to Reclaim it*. New York: Basic Books.
ROSENBLUTH, Frances / Michel THIES
2010 *Japan Transformed: Political Change and Economic Restructuring*. Princeton: Princeton University Press.
RÖVEKAMP, Frank
2010 "Japans öffentliche Verschuldung: Droht der Staatsbankrott?" In: David CHIAVACCI / Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2010: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: VSJF, S. 205–220.
TAKENAKA Harukata 竹中治堅
2006 *Shushō Shihai: Nihon Seiji no Henbō* 首相支配: 日本政治の変貌. Tōkyō: Chūō Shinsho.
TSUNEYOSHI, Ryoko
2004 "The New Japanese Educational Reforms and the Achievement 'Crisis' Debate." *Educational Policy* 18.2: 364–394.
WOMACK, James P. / Daniel T. JONES / Daniel ROOS
1990 *The Machine that Changed the World*. New York: Rawson Associates.
YAMADA Masahiko 山田昌弘
2004 *Kibō Kakusa Shakai: 'Makegumi' no Zetsubōkan ga Nihon o hikisaku* 希望格差社会:「負け組」の絶望感が日本を引き裂く. Tōkyō: Chikuma Shobō.